

# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 316 | 10/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA**  **SLP**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

## FÜR KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTEN

## GEGEN TEUERUNG UND

## PERSONALNOTSTAND!



### AUS DEM INHALT

» Beim **Finanzausgleich** geht es um Milliarden, die wir im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem brauchen. Holen wir sie uns!

Seite 3

» Die **Wirtschaftskrise** ist nun offiziell auch in Österreich angekommen. Wie wir verhindern können, dass die Reichen sie auf uns abwälzen.

Seite 5

» Die **Herbstlohnrunder** haben begonnen, doch dem ÖGB fehlt eine branchenübergreifende Strategie. Der **Sozialbereich** kann zeigen, wie es geht.

Seiten 6+7

WER

WIR

SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist\*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät\*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter\*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär\*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

## TREFFPUNKTE

### GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

### LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr  
Restaurant „Alte Welt“  
Hauptplatz 4

### SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

### WIEN

#### ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr  
Restaurant „Zypresse“  
Westbahnstraße 35A

#### ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr  
ISA-Büro  
Pappenheimgasse 2/1

#### ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr  
ISA-Büro  
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter [slp.at/kalender](http://slp.at/kalender),  
Einwahldaten für Online-Treffen  
unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) erfragen.

#### Impressum:

#### Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

## TERMIN DES MONATS

### Tag gegen genderbasierte Gewalt

Der **25. November** ist der internationale Tag gegen genderbasierte Gewalt – also Gewalt gegen Frauen und queere Personen.

Wir werden an diesem Tag Aktionen und Proteste unter dem Motto „Das ganze System ist gewalttätig!“ organisieren. Stay tuned!

**Aktuelle Infos unter:**

[slp.at](http://slp.at), [@roosa\\_oesterreich](https://www.instagram.com/roosa_oesterreich)

# Finanzausgleich: Kampffeld oder Hick-Hack?

von Christoph Glaninger

Täglich erreichen uns neue Nachrichten vom katastrophalen Personal- mangel an Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und im Sozialbereich. Viele Kolleg\*innen beginnen, sich dagegen zu wehren: Beschäftigte in der Freizeitpädagogik streiken, unter Lehrer\*innen brodelt es (S.4, S.8) und im privaten Gesundheits- und Sozialbereich steht ein Arbeitskampf bevor (S.6). Im Kern haben diese Bereiche trotz aller Unterschiede viel gemeinsam: es geht darum, dass Menschen gute Bildung, Betreuung und Pflege erhalten. Genau das ist auch der Grund für die Unterfinanzierung: gute Versorgung kostet und bringt keine Profite. Die notwendigen Verbesserungen können wir deshalb nur durch gemeinsamen Kampf und Druck von unten durchsetzen. Aber mit unzähligen unterschiedlichen Kollektivverträgen, Zuständigkeiten, Gewerkschaften ist es oft schwierig, einen Ansatzpunkt für so einen gemeinsamen Kampf zu finden.

Gleichzeitig finden im Herbst die Verhandlungen zum Finanzausgleich statt. Dieser regelt alle 4 bis 6 Jahre die Aufteilung von Steuergeldern zwischen Bund und Ländern. Davon betroffen: Schulen, Kindergärten, Spitäler, Sozialbereich. Wie sinnvoll die Kompetenzverteilung im Rahmen dieses Föderalismus ist, lassen wir hier mal außen vor. Denn auch wenn die Verhandlungen vom Hickhack zwischen Partei-, Bund- und Länderinteressen geprägt sind, geht es um sehr viel.


## Chance für gemeinsame Mobilisierung

Eigentlich ist der Finanzausgleich der ideale Anlass, um den Verhandlungen durch die Gewerkschaftsbewegung einen anderen Stempel aufzudrücken und eine Bewegung für notwendige Verbesserungen zu erkämpfen.

Von Anfang an hätten die zuständigen Gewerkschaften einen eigenen Forderungskatalog demokratisch von unten erarbeiten müssen, um diesen dann durch gemeinsame Massendemonstrationen und Streiks durchzusetzen. Offensichtlich sind die Gewerkschaftsführungen aufgrund ihrer Verbindung zu den etablierten Parteien und ihres passiven Zugangs dazu nicht willens - was einmal mehr zeigt, dass wir uns an der Basis für einen anderen Kurs der Gewerkschaften organisieren müssen (S.7).

Viele Auseinandersetzungen, bei denen kämpferische Betriebsrät\*innen und gewerkschaftliche Basisinitiativen eine wichtige Rolle spielen - z.B. die Freizeitpädagogik, der private Gesundheits- und Sozialbereich - hängen mit dem Finanzausgleich zusammen. Ein erster Schritt, unsere Kämpfe zusammenzuführen und Druck auf die Regierenden aufzubauen, aber auch unsere eigenen Gewerkschaften in die Aktivität zu bringen, wäre eine gemeinsame Kundgebung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen.

Solche Initiativen können wichtige Schritte in Richtung eines gemeinsamen Kampfes unserer Bereiche sein, der in Zukunft noch wichtiger sein wird. Einerseits, weil es in einer Krise des Kapitalismus mit mehr Kriegen, Flucht, Armut und mentalen Erkrankungen immer mehr Bedarf für diese Bereiche gibt. Und andererseits, weil mit einer drohenden FPÖ-ÖVP-Regierung und einer beginnenden Rezession (S.5) die Herrschenden diese Bereiche noch schneller kaputtsparen werden. In diesem Sinn ist unser Kampf für Verbesserungen ein Kampf für ein anderes System, in dem Menschen statt Profite zählen.



Endlich  
streiken für:  
Arbeitszeitverkürzung  
Höhere Löhne  
Mehr Personal!

INITIATIV  
„SOZIAL ABER NICHT BLÖD  
sozialabernichtbloed.blogspot.co  
facebook.com/sozialabernichtblo

VORWÄRTS

Streik  
Streik ist notwendig  
auf niedrigster



# Bildungs- system: Nicht genügend!

beide Artikel  
von Andrea Gasperlmaier

Der Mangel an Lehrpersonen in Österreich ist so hoch wie nie: Zu Schulbeginn wurden bundesweit 5.000 Vollzeitangestellte in Volks- und Mittelschulen gesucht. Bildungsminister Polaschek und Verteidigungsministerin Tanner (beide ÖVP) wollen nun diese Lücke mit Quereinsteiger\*innen aus dem Militär füllen. Soldat\*innen sollen in Zukunft über Themen wie "Landesverteidigung" und "Neutralität" im Schulfach Politische Bildung unterrichten, Offizier\*innen sollen die "sachliche Richtigkeit" in Textbüchern überprüfen, Religionsunterricht soll verpflichtend werden.

Diese fatale Reaktion auf den Personalmangel ist nur die Spitze des Eisbergs. Lehrpersonen arbeiten sich in Rekordgeschwindigkeit ins Burnout und leiden unter Depressionen sowie Erschöpfung. Diese Missstände treten keinesfalls nur durch die (seit Jahren absehbare) Pensionierungswelle auf



- es scheitert am unterfinanzierten Bildungssystem, miserablen Arbeitsbedingungen (insb. in Pflichtschulen) und der Tatsache, dass bereits junge Lehrer\*innen durch die starke Überarbeitung nach nur wenigen Jahren ihren Beruf wechseln.

## Eine klare Perspektive

Um die Krise im Bildungsbereich zu bewältigen, braucht es komplett ausfinanzierte und demokratische Gesamtschulen sowie ausreichend pädagogisches sowie administratives und Unterstützungs-Personal. Im Gegensatz zum geteilten Schulsystem herrscht dort keine soziale und rassistische Selektion - alle Schüler\*innen und Lehrer\*innen können demokratisch mitbestimmen.

Zudem braucht es flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung, die Eltern (und vor allem Frauen) Erziehungsarbeit abnimmt und mehr Freizeit gewährt! Nur so ist die Mehrfachbelastung von Lehrpersonen zu bekämpfen und das fehlende Personal wiederzugewinnen.

In einem profitorientierten System wie unserem werden der Gesundheits-, Bildungs-, und Sozialbereich immer an letzter Stelle stehen, da sie den Staat Milliarden kosten und gleichzeitig keinen direkten "Gewinn" liefern. Dieses System ist von Grund auf falsch - Fazit: Nicht Genügend und durchgefallen! Es liegt an uns Beschäftigten und Aktivist\*innen, sich zu organisieren und für eine Systemalternative ohne Hierarchien, Unterdrückung und Profitgier zu kämpfen.

## Wir können voneinander lernen!

Wenn wir die Missstände im Bildungssystem an der Wurzel bekämpfen und beginnen, es nach den wahren Interessen der Bevölkerung aufzubauen, dann können wir uns nicht an etablierte, bürgerliche Parteien oder Kirche wenden. Genau sie sind es, die Verbesserungen erst unterbinden (siehe oben). Dadurch, dass die Qualität des öffentlichen Schulsystems weiterhin sinkt, tritt eine "schleichende Privatisierung" ein: Eltern stecken ihre Kinder in Privatschulen, auch wenn sie es sich eigentlich nicht leisten

können. Aus demselben Grund ist auch die Neos-Forderung nach Pseudo-Schulautonomie ablehnenswert, die Schulen mit Geld und Ressourcenmangel alleine lässt.

Wirklich revolutionäre Umgestaltung kann nur durch gemeinsame Arbeitskämpfe und Schulstreiks - also Kämpfe von unten - passieren. Die Notwendigkeit dafür ist längst überfällig! Widerstand und Arbeitskämpfe sind bereits Realität: Erst letzten Juni streikte das Personal von "Bildung im Mittelpunkt" (BiM) in

Wien in 140 Volksschulen, nachdem von der Bundesregierung Lohnkürzungen von bis zu 19% angekündigt worden sind. ISA-Aktivist\*innen und viele andere Bildungsinitiativen unterstützten den Streik tatkräftig vor Ort. Wichtig für die Zukunft ist, diese Arbeitskämpfe mit den Kämpfen im Gesundheits- und Sozialbereich zu verbinden. Es gibt zahlreiche Gemeinsamkeiten und Verbindungen - allen voran die Unterfinanzierung aller Bereiche sowie unerträgliche Arbeitsbedingungen.



## Nach Corona – vor der nächsten Wirtschaftskrise

von **Stefan Brandl**

Verzögerung werden diese Entwicklungen auch Österreich treffen.

### Sozialistische Antworten auf die Krise

Nach mehreren Jahren mit Corona, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit für Millionen steuert die Wirtschaft also auf die nächste Krise zu. Die Pandemie-Jahre haben gezeigt, dass wir kein Vertrauen in die Regierung haben können: Sie ist verantwortlich für Mismanagement, Steuergeschenke für Superreiche und das Fehlen von wirksamen Maßnahmen gegen die Teuerung. Der Staat ist der verlängerte Arm der Privatwirtschaft – wo er stabilisierend eingreift, tut er dies nicht wegen der Bedürfnisse der Menschen, sondern der Profite wegen.

Alleine in den Corona-Jahren wurden über 60 Milliarden an Wirtschaftshilfe in Unternehmen gepumpt; dieses Geld wäre jetzt notwendig, um Lebensmittel-, Heiz- und Energiepreise zu deckeln. Wir müssen uns dieses Geld von den Konzernen zurückholen. Die Herrschenden werden immer argumentieren, dass „kein Geld da ist“. Wir fordern die Offenlegung der

Geschäftsbücher – so können wir uns selbst ein Bild davon machen, wie es finanziell steht. Wir werden feststellen, dass Milliarden an Dividenden und Boni ausgezahlt werden, während Beschäftigte mit Abschlüssen unter der Inflation abgeseigt werden sollen.

Mit der Überprüfung aber nicht genug; wir wollen nicht nur sehen, wohin unser Geld geht, sondern selbst darüber entscheiden, was damit angestellt wird. Denn solange nicht durch uns Beschäftigte demokratisch geplant werden kann, was wann und wie produziert wird, regieren Profite über unsere Bedürfnisse. Wir brauchen die demokratische Vergesellschaftung von Immobilien, Spekulationsobjekten und Konzernen durch die Beschäftigten, statt staatlicher Wirtschaftshilfen, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ von Konzernen zu finanzieren. Diese Maßnahmen sind keine utopische Träumerei, sondern die Grundvoraussetzung, dass die kommende Krise nicht auf unseren Schultern ausgetragen wird und Wohnen sowie Heizen zur existentiellen Frage für noch größere Teile der Bevölkerung wird.

Nach den turbulenten Corona-Jahren steuert Österreich, wie die meisten kapitalistischen Länder, auf eine Rezession zu. Wie stark und tief diese Rezession sein wird, können wir nur bedingt prognostizieren. International ist Österreich mit hohen Import- und Exportraten stark von anderen Volkswirtschaften abhängig. Im Rahmen der internationalen Blockbildung sehen wir Verschiebungen von Handelsvolumen weg von China hin zu den USA und Kanada. Bezeichnend ist ebenfalls, dass Österreichs Near-Shoring-Strategie (Verlegung der Produktion in nahe gelegene Billiglohnländer) sich weg von Tschechien, der Slowakei und Polen und in Richtung Rumänien und Bulgarien entwickelt; die Liste der Staaten, in die gewinnbringend Produktion verlagert werden kann, wird immer kürzer.

### Krisenanfälligkeit durch Abhängigkeiten

Besonders in der Automobilindustrie hängen viele österreichische Zuliefererbetriebe von anderen Staaten, vor allem Deutschland, ab: 87% aller Produkte werden exportiert, mehr als die Hälfte davon nach Deutschland. Die Bruttoaus- und -Einfuhrmengen von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen haben sich im Vergleich zu 2022 um 23% bzw. 32% erhöht. In Deutschland sehen wir bereits jetzt Stellenabbau und Rückgang in der Produktion – mit ein bis zwei Jahren

### Info

Das BIP geht um 1,1% zum Vorjahr (Q2) zurück; vor allem rückläufige Bruttoinvestitionen (-9%) zeigen, dass Kapital schlecht gewinnbringend angelegt werden kann. In den Coronajahren 2020-22 konnten Unternehmen durch

staatliche Hilfen gerettet werden –jetzt sehen wir 18% mehr Insolvenzen als 2020; 23% mehr als 2022. Gleichzeitig wurden 7% weniger neue Unternehmen als 2020 registriert. Alle Zeichen stehen auf Rezession.



# SWÖ: Mit Druck aus den Betrieben hohen Abschluss erkämpfen!

von Michael Gehmacher

Am 3. Oktober starten die Kollektivvertragsverhandlungen in der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ-KV) mit der Forderungsübergabe. Am Abschluss des SWÖ orientieren sich Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz und andere kleinere Gehaltssysteme. Traditionell sind der Sozialbereich und die private Pflege unterdurchschnittlich bezahlt. Der 3-Jahresabschluss 2020 brachte zwar eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 37 Stunden, aber auch eine Nulllohnrunde für Vollzeitkräfte und nur 2,7% Erhöhung für die Teilzeitbeschäftigten. 2022 schlug die Teuerung durch, das brachte vielen Kolleg\*innen enorme Reallohnverluste. Die 8% Erhöhung für letztes Jahr liegen ebenfalls deutlich unter der Teuerung. Auch wegen der hohen Teilzeitquote leben Kolleg\*innen in niedrigen Gehaltsgruppen an oder unter der Armutsgrenze.

Wie auch im letzten Jahr haben sich viele Betriebsrät\*innen auf eine Forderung nach 750 Euro Sockelbetrag auf das Grundgehalt und 15% auf die Zulagen und Zuschläge verständigt. Eine wichtige Forderung ist auch die 35-Stundenwoche ab 1. Jänner 2024, wobei viele Kolleg\*innen auch für eine 32-Stundenwoche eintreten. Dazu kommen eine Reihe guter und wichtiger Forderungen vieler fähiger Betriebsrät\*innen, welche die allgemeinen Arbeitsbedingungen betreffen.

## Verbesserungen mit Streiks erkämpfen? – Das wäre absolut möglich!

Ein KV-Abschluss, der den Lebensstandard im Sozialbereich und in der Pflege drastisch erhöht, ist dringend nötig – und mit einem kämpferischen Kurs auch möglich. Als ersten Schritt hat die Basisinitiative "Wir sind Sozial aber nicht blöd" (SANB, in der ISA-Mitglieder aktiv sind) eine Kampagne mit Unterschriftenlisten, Beschlüssen in Betrieben und Aktionen für die oben beschriebenen Forderungen organisiert – bis zum Beschluss



Michael Gehmacher ist Betriebsrat beim Wiener Samariterbund- WSD und Mitglied des großen SWÖ-KV-Verhandlungsteams.

**Info:**



Du willst dich aktiv mit deinen Anliegen einbringen? Dann kontaktiere Michael unter: [michael.gehmacher@gmx.at](mailto:michael.gehmacher@gmx.at)

der Forderungen durch GPA und VIDA. Nach dem Beschluss der Forderungen durch die zuständigen Gewerkschaften wird SANB einschätzen, ob wir die (genügend hohen) Gewerkschaftsforderungen unterstützen oder mit der laufenden Kampagne weitermachen.

Am 17.10. gibt es die erste richtige Verhandlung, danach leider ein Monat Pause. Wir werden – gemeinsam mit vielen Kolleg\*innen und Betriebsrät\*innen – diesen Monat nutzen, um mit Aktionen und Druck aus den Betrieben zu versuchen, einen niedrigen Abschluss zu verhindern. Sollte es am 15.11. keinen Abschluss geben, wollen die zuständigen Gewerkschaften eine österreichweite Betriebsrät\*innenkonferenz organisieren. Hier wird es die Aufgabe von kämpferischen Betriebsrät\*innen und Basisinitiativen sein, für eine starke bundesweite Streikbewegung einzutreten. In den letzten Jahren hat sich der Sozialbereich stark radikalisiert. Gerade in Wien gab es – für österreichische Verhältnisse – viele Streiks. Auch viele Kolleg\*innen in den Bundesländern sind streikbereit. Wenn

es gelingt, eine bundesweite Streikbewegung aufzubauen, ist ein guter Abschluss absolut möglich.

## Urabstimmung nötig

Es ist unser Einkommen und unser Risiko bei Streiks. Daher soll auch die betroffene Basis entscheiden, ob sie einem vorläufigen Abschluss zustimmt. Eine Urabstimmung wäre aber auch ein gutes Druckmittel bei den KV-Verhandlungen selbst. Bis jetzt weigert sich die Gewerkschaft, solche Abstimmungen durchzuführen, deshalb haben kämpferische Betriebsrät\*innen und SANB auch selbstständig Urabstimmungen organisiert.

Die Verhandlungen im SWÖ-KV sind eine wichtige Möglichkeit, echte Verbesserungen durchzusetzen. Gleichzeitig können sie ein Ansatzpunkt sein, Proteste im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich zusammenzubringen. Nicht zuletzt sind Verbesserungen in der Branche zentral für uns alle. Im Endeffekt ist es ein Kampf um die Frage, wofür Geld in unserer Gesellschaft verwendet werden soll: für Menschen oder Konzerne.

# Herbstlohn- runde 2023: Routine oder Kampf?

beide Artikel von Martina Gergits

Die Inflation hat Österreich und vor allem unsere Geldbörse stark im Griff. Im Schnitt braucht ein Haushalt circa 400€ mehr im Monat als 2021. Als Grundlage für die Herbstlohnrouden zieht die Gewerkschaft traditionell die rollierende Inflation (Durchschnitt der letzten 12 Monate) heran. Diese liegt bei 9,6% und damit über der aktuellen Inflation (7,5%).

Den Start macht die Metallindustrie. Die Gewerkschaft fordert +11,6% mehr Lohn, während die Unternehmensseite unter der Inflation abschließen will. Ein Hohn, denn seit



2021 verzeichnet die Metallindustrie Rekordjahre mit einem Produktionswachstum von 3,7% und einem Umsatz von über 43 Mrd. €. – ohne jegliche Zurückhaltung bei Gewinnausschüttungen. Die Zeichen stehen damit auf Kampf. Die Gewerkschaftsspitze darf sich hier nicht auf windige Deals einlassen und sich das Ergebnis mit „Freizeit-Optionen“ und Bonuszahlungen schön rechnen!

Das Ergebnis der “Metaller” galt lange als richtungsweisend für

folgende Kollektivvertragsverhandlungen, z.B. Sozialbereich (SWÖ) und Handel. Dies gilt in den letzten beiden Jahren nicht mehr. Die Metaller schlossen 2022 im Schnitt mit 7,4% ab, der SWÖ-KV mit 8,9%, und auch die Bahn, nach einem 24h-Streik, mit durchschnittlich 8,9% (allerdings auf zwei Jahre). Es zeigt sich dabei das Problem der Gewerkschaftsstrategie, jeden KV einzeln zu verhandeln, anstatt gemeinsame Forderungen aufzustellen.

## Wir sind streikbereit!

Unter dem Motto „Preise runter – Löhne rauf“ rief der ÖGB Ende September zu einer Menschenkette gegen die Teuerung auf, als Auftakt für die Herbstlohnrouden. Eine ähnliche Aktion – mit dem Motto “Preise runter” – organisierte der ÖGB bereits letztes Jahr. Die Anzahl der Teilnehmer\*innen war schon 2022 überschaubar, die Mobilisierung blieb weit hinter der Demo gegen den 12h-Tag. Die Menschenkette dieses Jahr brachte noch viel weniger Menschen auf die Straße. Warum?

Damals wie heute fehlen konkrete Forderungen. Die Gewerkschaftsspitze verhält sich zögerlich, stellt keine branchenübergreifenden Forderungen auf, bleibt in ihrer alljährlichen Routine verhaftet und verhandelt jeden KV einzeln. Letztes Jahr suchte die Wut der Beschäftigten ein anderes Ventil. Sie drückte sich auf betrieblicher

Ebene aus. Im vergangenen Jahr sahen wir Streiks bei der Telekom, Brauereien, ÖBB, in Krankenhäusern, AUA und in der Erwachsenenbildung. Bereits im September sahen wir eine Fortsetzung dieser Entwicklung, als die Beschäftigten von Ardo in einen unbefristeten Streik traten.

Lebensnotwendige Bereiche wie Wohnen und Heizen werden “wegen der Inflation” teurer. Wenn aber Vermieter und Energiekonzerne eine automatische Anpassung bekommen, warum sollte das nicht auch bei Löhnen möglich sein? In Belgien ist die automatische Lohnanpassung bereits Realität. Aber um dies zu erkämpfen, reicht es nicht, jeden KV einzeln zu verhandeln. Es braucht branchenübergreifende Kämpfe dazu. Das Gleiche gilt für den Kampf für echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich

(damit man nicht dieselbe Arbeit in weniger Zeit leisten muss).

Metallindustrie, Handel und Sozialwirtschaft (SWÖ) verhandeln alle im Herbst ihre Kollektivverträge und umfassen gemeinsam 760.000 Beschäftigte. Teilen sich alle diese KVs branchenübergreifend Forderungen wie beispielsweise 500€ netto mehr für alle, und keiner der KVs wird abgeschlossen, bevor es nicht in allen erkämpft ist, baut das enormen Druck auf. Darüber hinaus hilft die Unterstützung der Metaller\*innen, auch für eine dringende Ausfinanzierung im Sozial, Gesundheits- und Bildungsbereich zu kämpfen. Abgesehen davon, dass wir alle auch von einer guten Gesundheitsversorgung sowie Betreuung profitieren, hilft dieser Zusammenschluss beiden Seiten, den Forderungen Nachdruck zu verleihen.



## ISA am Streik bei Ardo

von Oliver Giel

Die Kolleg\*innen bei Ardo in Groß-Enzersdorf sind am 13. September in einen unbefristeten Streik getreten, der noch bis Redaktionsschluss anhielt. Ausschlag gab der schlechte Schmah des Tiefkühlbetriebs, die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 200€ mit einem Gratis-Kebab und einer einmaligen Prämie abzuspeisen. Regelmäßig sind ISA-Mitglieder zum Standort gefahren, um unsere Solidarität auszudrücken und mit den Beschäftigten von Ardo, aber auch von Zulieferern und Subunternehmen über Perspektiven des Kampfes zu sprechen.

Ein unbefristeter Streik, außerhalb der KV-Verhandlungen, mit starker Initiative aus der Belegschaft selbst heraus, mit dem Ziel einer einheitlichen Lohnerhöhung für alle – alles das ist eine Seltenheit in Österreich und kann ein Vorbild für andere Betriebe sein. 75 % der Belegschaft haben für den unbefristeten Streik gestimmt, die Beteiligung liegt jedoch an den einzelnen Kolleg\*innen. Die Kolleg\*innen, die sich nicht beteiligen,

drückten uns gegenüber Angst aus, eine Erfüllung der Forderungen könnte zu einer Ausweitung des Streiks führen und damit das Unternehmen unprofitabel machen. Da aktuell Energie-, Klima- und Umweltkrisen landwirtschaftliche Produkte verteuern und gleichzeitig die Kaufkraft aller Beschäftigten senken, könnte, so die Befürchtung, sich das belgische Unternehmen Ardo seine Standorte in Österreich schließen. Doch die Ardo Gruppe hat im letzten Jahr 17 Millionen Nettogewinn gemacht. Sie kann sich also solche Lohnerhöhungen leicht leisten.

Die Angst, die die Kolleg\*innen umtreibt, zeigt, wie notwendig es ist,

grundsätzliche Versorgungsinfrastruktur wie die Lebensmittelproduktion und -verarbeitung keinem Profitsystem zu überlassen. Entscheidungen über die Lebensmittelversorgung gehören in die Hände der Ardo-Beschäftigten und der Bäuer\*innen vor Ort, nicht eines Managements in Flandern. Deshalb organisierten wir auch auf dem großen Klimastreik am 15. September Solidarität mit dem Ardo-Streik.

Die etwa zwei Drittel der Belegschaft, die sich am Streik beteiligen, ließen sich jedenfalls nicht einschüchtern. Sie zeigen, dass die multiplen Krisen des Kapitalismus nicht widerstandslos aus unseren Geldbörseln bezahlt werden.

## ISA in Aktion



## Bildung im Streik-Mittelpunkt

von Margarita Wolf

Die öffentliche Betriebsversammlung von „Bildung im Mittelpunkt“ (BiM) am 20.09. endete mit einem klaren Ja zu eintägigen Streikmaßnahmen, einem Ja zu ganztägigen öffentlichen Betriebsversammlungen und auch einem klaren und deutlichen Ja zu unbefristeten Streikmaßnahmen. Bei den Freizeitpädagog\*innen geht es um den Kampf gegen geplante Verschlechterungen ihrer Arbeitsverträge (mit bis zu 19% Lohnkürzungen) und zusätzliche rassistische Hürden (verpflichtende Deutsch-Zertifikate).

Die Kolleg\*innen von BiM sind nicht alleine: Die Initiative „Sozial aber nicht blöd“, die in den kommenden KV-Verhandlungen im Sozialbereich Kämpfe

organisieren will, unterstützte die Kundgebung aktiv. „Schule brennt“, eine Initiative von Pflichtschullehrer\*innen, war ebenfalls mit einer Solidaritätsgruppe und einem Transparent vor Ort. Auch sie planen weitere Aktionstage. In beiden Kampagnen sind ISA-Aktivist\*innen aktiv und machen Vorschläge für gemeinsame Initiativen im Bildungs- und Sozialbereich. Am wichtigsten wäre dabei ein gemeinsamer Streik: „Es macht doch nur Sinn, wenn die Kinder wirklich nicht betreut sind und auch die Betriebe der Eltern die Auswirkungen zu spüren bekommen“, meinte eine Kollegin auf der Betriebsversammlung. Damit hat sie vollkommen recht. Für einen gemeinsamen eintägigen Warnstreik im Bildungsbereich!





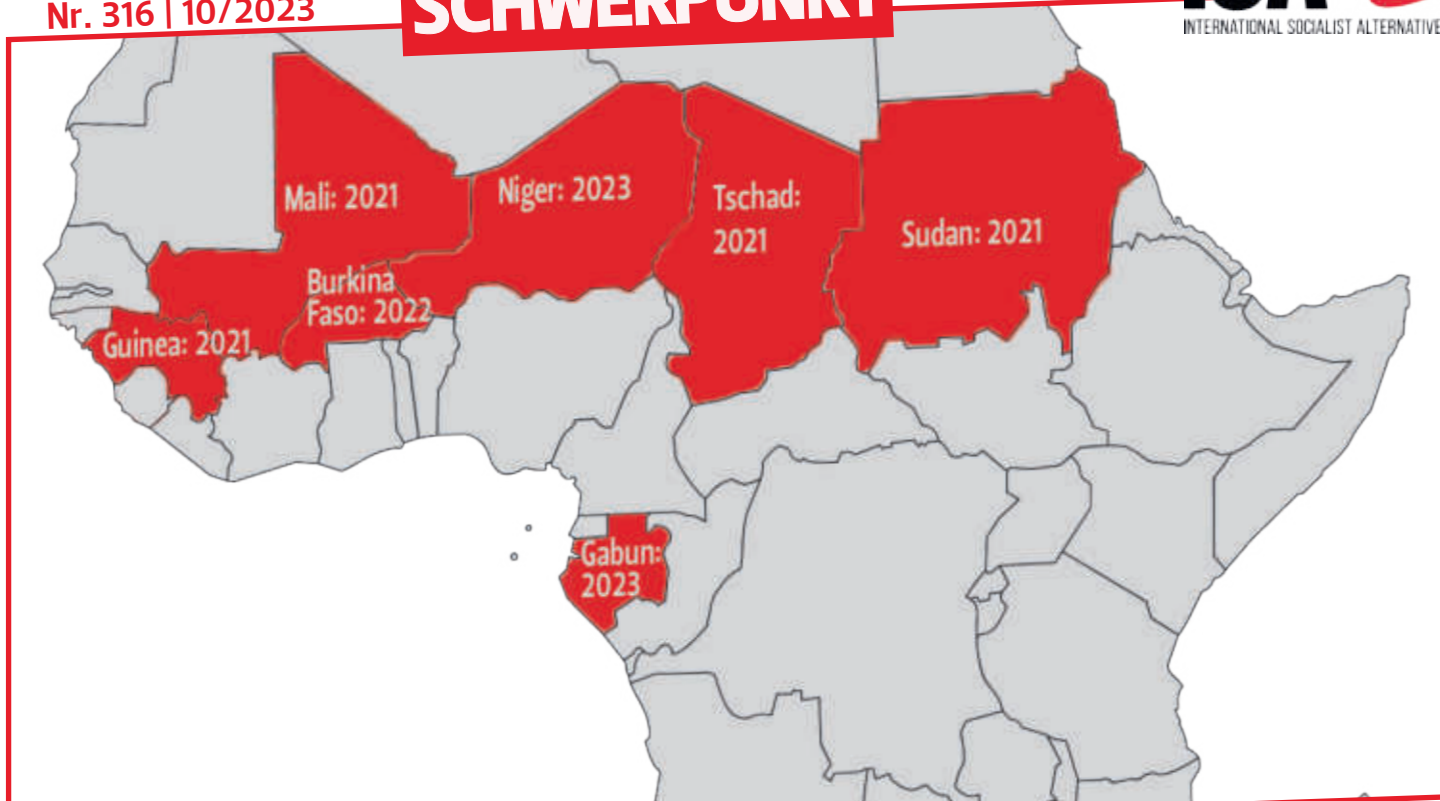
# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 316 | 10/2023

**SCHWERPUNKT**

**ISA**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



## PUTSCHSERIE IN AFRIKA

von Severin Berger

In den letzten 10 Jahren gab es weltweit 12 Putsch, 9 davon in oder unmittelbar um die afrikanische Sahelzone. Diese Welle begann vor allem durch den Militärputsch im Sudan, wo 2019 nach monatelangen Protesten Präsident al-Baschir gestürzt wurde. Getragen wurden die Proteste jedoch nicht durch das Militär, sondern durch die Bevölkerung – mit Massenstreiks und dem Aufbau von revolutionären Selbstverteidigungskomitees. Doch es gelang nicht, das System als Ganzes zu stürzen. Bereits 2021 kam es zu einem konterrevolutionären Militärputsch, aber auch großen Mobilisierungen, die das Ende der Militärmacht forderten.

Etwa ein Jahr davor, im Sommer 2020, fand in Mali ein erfolgreicher Coup d'état statt, bei dem ebenfalls eine militärische Führung die Macht

übernahm. In den Nachbarländern Guinea und Tschad passiert dasselbe dann 2021. 2022 folgen dann gleich zwei Putsch in Burkina Faso, im Jänner und September – beide Male war die Unfähigkeit der Regierung, gegen dschihadistische Gruppen anzukämpfen, wichtiger Grund.

Dieses Jahr folgten (bisher) noch zwei weitere Coups, in Niger und Gabun. Diese beiden waren auch in unseren Medien etwas präsenter, unter anderem weil der immer noch enorme Einfluss der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich in der Region von Seiten der Putschenden unter Beschuss kam.

Generell ist es wichtig, all diese Ereignisse nicht unabhängig voneinander zu betrachten. Sie inspirieren einander und haben ähnliche Auslöser. Konflikte innerhalb der Region, in der weiterhin dschihadistische

Kräfte Einfluss haben, systeminterne Probleme wie Korruption, die Klimakrise, die das Leben vieler Menschen immer stärker bedroht – aber auch die neokolonialen Bestrebungen Europas oder der globale Kampf zwischen China-Russland und USA-EU haben große Auswirkungen am afrikanischen Kontinent. So haben fast alle Putschist\*innen Stellung zum Ukraine-Krieg bezogen und man sah auf den Straßen zum Teil Russlandflaggen – als vermeintlicher Protest gegen die EU und Neokolonialismus.

Der neue imperialistische „Wettlauf um Afrika“ droht, die Sahelzone und den ganzen Kontinent in eine immer tiefere Spirale aus Gewalt und Armut zu stürzen. Wieso wir jetzt dieser Eskalation gegenüberstehen, und wie sozialistische Lösungen aussehen können, das diskutiert dieser Vorwärts-Schwerpunkt.

# Françafrique: vom alten Kolonialismus zum neuen Kalten Krieg

Die jüngste Häufung von Militärputschen in der Sahelzone ist ein Ausdruck der Instabilität und herrschenden Unsicherheit in West- und Zentralafrika. Die Region ist geprägt von seiner kolonialen Vergangenheit und sich gegenseitig verstärkenden Krisen.

von Theresa Reimer

Der französische Kolonialismus war besonders brutal und die Abhängigkeit Zentral- und Westafrikas von Frankreich wird seit der Unabhängigkeit in neuem Gewand weitergeführt. Die Bezeichnung "Françafrique" beschreibt, wie es Frankreich nach Ende des Kolonialismus und dem Einsetzen der formalen Unabhängigkeit ab den 1960er Jahren gelungen ist, seinen Einfluss aufrechtzuerhalten. Um seine Interessen durchzusetzen, schreckte Frankreich in der Vergangenheit weder vor dem Einsatz von Söldnertruppen und Fremdenlegionär\*innen zum Sturz von Regierungen, noch vor Bestechung oder anderen Mitteln zurück.

Zur Bedingung für die sogenannte "Unabhängigkeit" wurden verbindliche Handelsverträge, in denen Frankreich seine Vormachtstellung beim Zugriff auf Ressourcen wie Uran, Öl, Gold, usw. in Afrika sichert. Beispielsweise musste der Gabun sich dazu verpflichten, der französischen Armee bestimmte Rohstoffe zur Verfügung zu stellen; der Handel mit anderen Staaten damit wurde untersagt. Besonders eindrücklich zeigt sich die Dominanz des französischen Neokolonialismus an der Schaffung der Währung CFA Franc 1945. Der Kurs orientiert sich am Euro und ermöglicht Frankreich den billigen Import afrikanischer Rohstoffe und einen begünstigten Export von Produkten in die 14 CFA-Staaten. 1994 beschloss Frankreich ohne Einbeziehung der betroffenen Staaten die Abwertung der Währung um 50%. Alle CFA-Staaten sind reich an natürlichen Rohstoffen - das in alten kolonialen Mustern eingebettete Währungssystem dient jedoch dazu, den afrikanischen Markt mit billigen ausländischen Produkten zu

überschwemmen, während für lokale Produktion die Infrastruktur fehlt und Produkte teurer sind.

Von 2014 bis 2021 führte Frankreich mit Unterstützung von Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich die Militäroperation "Barkhane" in fünf Ländern der Sahelzone durch, um gegen dschihadistische Gruppierungen vorzugehen. Der Einsatz besonders in der Grenzregion von Burkina Faso und Niger führte zu weiteren Eskalationen, seit 2016 verfünffachten sich Bombenattacken und Anschläge. Bestehende Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen werden aufgeladen und verstärken das Klima der Gewalt. Klimawandel und Wüstenbildung verstärken den Druck auf die Ressourcen der Länder und führen zu Fluchtbewegungen. Imperialistische und nationale Militärs scheitern im Kampf gegen den Terrorismus, weil sie die Stärke des Dschihadismus auf ein rein militärisches Kräfteverhältnis reduzieren. ISIS, Al Quaida, Boko Haram und deren Ableger profitieren allerdings von der Perspektivlosigkeit und Armut und lassen sich nicht durch bloße militärische Stärke zurückdrängen. Als die Operation Barkhane scheiterte, blieben französische Truppen stationiert, um die Sicherung von Rohstoffen zu garantieren. Frankreich bezieht etwa ein Drittel seines benötigten Urans aus Niger, Europa ca. ein Viertel. Erst dieses Jahr haben die Regierung von Niger und der französische Atomkonzern Orano einen neuerlichen Vertrag zum Import von nigrischen Uran nach Frankreich unterzeichnet. Der jährliche Umsatz Oranos ist höher als das Budget, das dem Staat Niger jährlich zur Verfügung steht.

## Der neue Wettlauf um Afrika

Nach dem Putsch in Niger haben tausende Menschen vor der französischen Botschaft für den Abzug der französischen Truppen demonstriert. In Mali und Burkina Faso konnten sie bereits zum Abzug gezwungen werden. Die französische Regierung sieht darin vordergründig den Erfolg pro-russischer Kampagnen in der Region und der westliche Imperialismus fürchtet um seinen Einfluss. Tatsächlich lässt die Schwäche des westlichen Imperialismus in der Region mehr Raum für Interventionen durch Russland und dessen Verbündete. Die Putschist\*innen in Burkina Faso und Mali werden militärisch von der Söldnertruppe Wagner unterstützt, die es Russland in den letzten Jahren ermöglicht hat, zu diversen Ressourcenvorkommen zu kommen (z.B. Gold und Diamanten). Auch in der Zentralafrikanischen Republik setzt Wagner russische Interessen mit Waffengewalt durch. Die weitere Beziehung zwischen Russland und Wagner ist nach dem misslungenen Putschversuch noch unklar - anzunehmen ist jedoch, dass nach Prigozhins Ableben







## Marx Aktuell: Permanente Revolution

von Anna Hiermann

Immer wieder wird in den Zeitungen diskutiert, warum es in vielen afrikanischen Staaten keine stabilen Demokratien nach westlichem Vorbild gibt. Dabei wird oft die Ansicht vertreten, die Menschen seien „zu dumm“ oder zu „zurückgeblieben“ für den Aufbau und Erhalt einer Demokratie. Noch perfider sind „malthusianische“ Ansätze, die Probleme auf angebliche „Überbevölkerung“ zurückführen. Die zynische Konsequenz wäre dann, Hungerleidende sterben zu lassen. Sieht man sich die Ausbeutung der afrikanischen Länder durch Kolonialismus und Imperialismus an, zeigt sich, wie menschenverachtend und falsch diese Haltung ist.

Doch wie lassen sich Diktaturen bekämpfen? Durch westliche Staaten keinesfalls. Zahlreiche europäische und amerikanische Großkonzerne schöpfen aus Afrikas Rohstoffen Profit und stecken sich diesen in die eigenen Taschen. Sie dulden jedes Regime, egal wie grausam es ist, solange ihr Einfluss erhalten bleibt. Die Interessen der afrikanischen herrschenden Klassen sind wiederum tief verflochten mit den imperialistischen Interessen – Ihre Macht besteht darin, Stellvertreter\*innen der tatsächlich Mächtigen zu sein. Sie haben weder die Macht noch das Interesse, eine „unabhängige“ bürgerliche Demokratie durchzusetzen.

Somit ist es für den globalen Süden praktisch unmöglich, langfristig die wirtschaftliche Stabilität im Kapitalismus zu erlangen, welche die Basis für eine bürgerliche Demokratie darstellt. Diese Tatsache erkannte bereits Leo Trotzki im Zuge der russischen Revolutionen 1905 und 1917. Das war der Grund für die Entwicklung der Theorie der „Permanenten Revolution“, die besagt, dass es unter diesen Umständen direkt eine proletarische Revolution braucht, um demokratische Grundlagen zu etablieren. Der „Zwischenschritt“ einer rein bürgerlich-demokratischen Revolution wird nicht funktionieren. Für echte Demokratie müssen die wirtschaftlichen Grundpfeiler global umgeworfen und im Zuge dessen eine sozialistische Räte-demokratie etabliert werden.

der Druck Russlands auf die Söldnertruppe, sich ihrem Geldgeber unterzuordnen, steigen wird. Beim Russland-Afrika-Gipfel kündigte Ibrahim Traore, der Chef der Militärregierung in Burkina Faso, eine Annäherung an Russland an. Er nimmt positiven Bezug auf die Rolle der Sowjetunion während der Dekolonialisierung, als sie im Kalten Krieg auf Bündnispartner angewiesen war.

Auch der chinesische Imperialismus hat großes Interesse an afrikanischen Rohstoffen. Mittlerweile haben 37 afrikanische Staaten und die Kommission der Afrikanischen Union Verträge mit China zum Aufbau der Neuen Seidenstraße unterzeichnet. Teile der chinesischen Industrie sollen künftig ausgelagert werden, um Lohnkosten zu sparen und gleichzeitig neue Absatzmärkte für chinesische Produkte entstehen. Bereits 2011 wurde China zum wichtigsten Handelspartner für den afrikanischen Kontinent und löste somit die USA ab. Die Sahelzone wird gerade zu einer neuen Front im Neuen Kalten Krieg, in dem imperialistische Mächte einen offenen Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte usw. austragen.

Von der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS verhängte Sanktionen gegen Niger führen bereits jetzt dazu, dass Lebensmittel und wichtige Güter nicht importiert werden können. Versorgungskrisen werden in Kauf genommen, laut UN würden aufgrund der Sanktionen schon jetzt 90.000 Kinder in Niger notwendige Lebensmittel nicht erhalten. Doch auch

Güter auf dem Weg in andere Länder hängen an der Grenze fest. Auch bei einer militärischen Intervention ist klar, wer die Leidtragenden sein werden – Frauen, Arbeiter\*innen, Bäuer\*innen und ethnische Minderheiten. Niger war bis zum Putsch einer der letzten Bündnispartner für den westlichen Imperialismus mit wichtigen strategischen militärischen Stützpunkten im Land. Frankreich hat 1.500 Soldat\*innen stationiert. Den von der Militärregierung angeordneten Abzug der Truppen lehnte Macron zunächst ab, Ende September versprach er jedoch widerwillig einen Abzug bis Ende des Jahres. Die ECOWAS und deren Verbündete des westlichen Imperialismus kündigten die Möglichkeit einer militärischen Intervention in Niger an, falls die Macht nicht wieder an die geputschte Regierung übergeben werden sollte. Frankreich stationiert bereits Truppen in Senegal, Benin und Côte d'Ivoire. Ein Stellvertreterkrieg in der Sahelzone zwischen dem westlichen Imperialismus und seinen Verbündeten in der ECOWAS auf der einen Seite und Niger, mit Mali und Burkina Faso, unterstützt von der Russland/Wagner und möglicherweise China auf der anderen Seite, ist möglich.

Niger, Mali, Burkina Faso, usw. zählen zu den ärmsten Ländern der Welt, sind aber extrem reich an natürlichen Rohstoffen, deren Profite aber nicht der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen, sondern die Taschen einer kleinen Schicht an korrupten Staatschefs, imperialistischen Verbündeten und Konzernen füllen. Das Vorhaben der Militärs, den westlichen gegen den russischen Imperialismus auszutauschen, wird daran nichts ändern. Aufgrund der Abhängigkeit der imperialistischen Mächte von afrikanischen Ressourcen, Arbeitskräften, Absatzmärkten, usw. ist es zentral, die ausbeuterische Natur des Kapitalismus weltweit zu bekämpfen und eine sozialistische Systemalternative aufzuzeigen: Eine Gesellschaft, welche ihre Reichtümer demokratisch verwaltet und deren Produktion nicht nach Profitinteressen, sondern nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt plant.





## Revolutionäre Sozialist\*innen gegen Putsch und Krieg

von Yasmin Morag

Der afrikanische Kontinent im Allgemeinen – und das nördliche sowie subsaharische Afrika im Besonderen – durchlebt seit mehr als einem Jahrzehnt eine immer intensiver werdende Periode von Revolution und Konterrevolution. In den letzten Jahren haben wir nicht nur die Massenbewegungen des “arabischen Frühlings” gesehen, die weit über den arabischen Raum hinausgingen und in der aktuellen Welle an neuen Protesten gegen Assad in Syrien wieder aufflammten. In Nigeria gibt es seit dem Generalstreik 2016 regelmäßig Wellen von Klassenkämpfen: Die Streikbewegung in Oyo 2016, die Streiks der Gesundheitsbeschäftigten in Nasarawa 2019 und während der Pandemie 2021, aber auch die von Black Lives Matter inspirierten und von Jugendlichen getragenen Massenproteste gegen Polizeibrutalität #endsars bzw. #endswat.

Besonders sticht der Sudan hervor, in dem eine revolutionäre Massenbewegung 2019 das verhasste Regime von al-Bashir stürzte. Seither haben sich im Sudan tausende Selbstverteidigungskomitees gegründet, die Schutz vor militärischen Konflikten im Land und Versorgung mit Lebensmitteln, Strom und medizinischen Behandlungen organisieren. Gleichzeitig sind sie ein Ort, wo politische Diskussionen geführt und Forderungen entwickelt werden. Der Putsch von 2021 und die neuen blutigen Machtkämpfe zwischen Militär und RSF-Milizen konnten diese Strukturen und ihre Lehren nicht gänzlich

auslöschen. Die Komitees haben noch immer das Potenzial, den Widerstand zu bündeln und die Bewegung der Arbeitenden und Jugendlichen wiederzubeleben, die für die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Ressourcen durch die arbeitende Bevölkerung kämpft.

### Die Arbeit der ISA in Nigeria und Cote d'Ivoire

Die Sektionen der ISA waren und sind Teil dieser Bewegungen und Kämpfe, auch unter den schwierigsten Umständen. Wir stellen uns gegen die Putsche, die letztlich nur eine Fraktion der Herrschenden und der mit ihr verbündeten Imperialist\*innen gegen eine andere austauschen. So erklärt die ISA-Sektion in Cote d'Ivoire:

*“Die Erfahrung der Putsche in Mali und Burkina Faso zeigt bereits, dass die neuen Militärregime weder ein Programm noch eine echte Absicht haben, die tief verwurzelten Probleme anzugehen, die durch die private Aneignung und Plünderung der Ressourcen dieser Länder durch große Konzerne verursacht werden. In Mali hat das Militärregime streikende Arbeiter angegriffen. Die Spitzen dieser Regime, wie der neue Anführer der Junta in Niger, Abdourahmane Tiani, haben selbst jahrelang von diesem System profitiert.”*

In Cote d'Ivoire, aber auch in Nigeria, mobilisieren wir gleichzeitig auch gegen die drohenden Militärinterventionen in Niger und gegen die Sanktionen

der ECOWAS, die nur die unterdrückten Massen in den betroffenen Ländern treffen und ein Einfallstor für weitere imperialistische Aggression darstellen. Dabei rufen wir Arbeiter\*innen und Gewerkschaften in der Sahelzone auf, Widerstand gegen eine militärische Intervention zu organisieren. In einem Statement schreibt Movement for a Socialist Alternative (MSA, ISA Nigeria): *“Die MSA ruft die Gewerkschaften dazu auf, eine Kampagne gegen den Krieg und die Invasion der Republik Niger sowie gegen jegliche Art von Sanktionen, die sich negativ auf die arbeitenden Massen in Niger auswirken, zu führen.”* In der ganzen Region existiert der Wunsch, die Fesseln des französischen Imperialismus und seiner Verbündeten zu sprengen – aber auch die Gefahr, dabei nur unter das Joch des russischen oder chinesischen Imperialismus zu fallen. Dagegen hilft nur die internationale, sozialistische Solidarität von unten. Darum schließt der Aufruf der MSA:

*“Die Aufgabe der arbeitenden Massen in der Sahelregion, in Nigeria und tatsächlich in ganz Afrika besteht darin, entschlossen in die Arena des Kampfes zu treten, um eine Revolution herbeizuführen. Eine sozialistische Revolution würde die entscheidenden Sektoren der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Management der arbeitenden Massen verstaatlichen und ein Parlament gewählter Arbeiter\*innen, armer Bäuer\*innen und einfacher Soldat\*innen einführen.”*



# Kampf um Selbstbestimmung – Abtreibungsrecht in Gefahr

von Christina Schilcher,  
ROSA-Aktivistin in Linz

In Österreich eine Abtreibung durchführen zu lassen ist gar nicht so einfach. Die mehreren hundert Euro, die sie kostet, muss die Person, welche sie benötigt, selbst bezahlen. Vor dem 14. Lebensjahr wird die Einwilligung der Eltern benötigt. Ärzt\*innen dürfen sich weigern, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Auch in Österreich gibt es genügend Tabuisierung, moralischen Druck sowie organisatorische Hürden. Dazu kommt noch der Zeitdruck – denn man darf nur bis zur 16. Schwangerschaftswoche abtreiben.

Im Burgenland gibt es gar keine Möglichkeit. In Tirol will die Landesregierung nun ein „Abtreibungsregister“ einführen. In Salzburg will man eine Informationskampagne zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften sowie über „Alternativen“ (Adoption und Pflegeelternschaft) ausarbeiten. Vor einem Schwangerschaftsabbruch muss man sich einem „Aufklärungsgespräch“ unterziehen. All das sind Vorboten für weitere Angriffe auf das generelle Recht auf Abtreibung.

ÖVP und FPÖ sind gegen eine Streichung aus dem Strafgesetzbuch. Markus Wallner (ÖVP), Landeshauptmann von Vorarlberg, sagte, man müsse alles tun, um eine Abtreibung weder kostengünstig noch einfach zu machen. Die sogenannten „Lebensschützer“ riskieren das Leben von Personen, die dann illegale, lebensgefährliche Abtreibungen durchführen lassen, wenn sie keine legale und leistbare Möglichkeit dazu haben. Ihnen ist egal, wie es den Kindern nach der Geburt geht. Zeitgleich sorgen diese Politiker\*innen mit ihrer aktiven Kürzungs- und Sozialabbaupolitik dafür, dass Menschen, die gerne Kinder hätten, sich keine mehr leisten können.

Die Angriffe auf das Recht auf Abtreibung lassen sich u. a. durch die Angst der Wirtschaft vor



## Info

Am 28. September war Safe Abortion Day. Rund um diesen Tag veranstalten radikale Abtreibungsgegner\*innen in Salzburg jedes Jahr ihren „Marsch für das Leben“. ROSA und die ISA organisierten Gegenproteste.

Arbeitskräftemangel erklären. Die Wirtschaft hat ein Interesse an mehr Arbeitskräften. Daher passt die Ideologie der Rechten in diesem Fall so gut zu den Kapitalinteressen.

### Wie können wir die Angriffe stoppen?

In Irland galt eines der strengsten Abtreibungsgesetze in ganz Europa, laut dem Schwangerschaftsabbrüche auch bei Vergewaltigung, Inzest und einem kranken Fötus strafbar waren. ROSA-Aktivist\*innen dort setzten sich dafür ein, dass die Abtreibungspille verfügbar und zugänglich ist, und fuhren sogar mit einem „Abtreibungspillen-Bus“ durch das ganze Land. Nach weiteren jahrelangen Kampagnen wurde der Druck von unten schließlich so groß, dass es 2018 gelang, mit einem Referendum das Abtreibungsverbot zu kippen.

Auch Feminist\*innen in Argentinien konnten nach jahrelangem Kampf und Massenmobilisierungen 2020 einen Erfolg verzeichnen – seit Ende des Jahres sind dort Schwangerschaftsabbrüche bis zur 14. Woche erlaubt.

Wir müssen uns auch in Österreich organisieren, um die Angriffe auf das Recht auf Abtreibung zurückzuschlagen und unsere körperliche Selbstbestimmung erhalten zu können.

### Unsere Forderungen

Wir können uns nicht auf rechtliche Gleichstellung verlassen. Wir brauchen nicht nur ein echtes Recht auf kostenlose, jederzeit zugängliche Schwangerschaftsabbrüche in jedem größeren Krankenhaus, sondern auch Gewaltschutz, leistbaren und sicheren Wohnraum und eine gute Sexuaufklärung. Verhütungsmittel sollten kostenlos zugänglich sein. Weiters brauchen wir eine kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung zur Unterstützung berufstätiger Eltern.

Im Kapitalismus werden wir das alles nicht erreichen. Unsere Rechte werden immer wieder angegriffen werden, solange das Kapital nicht davon profitiert. Wir brauchen eine Systemalternative!



## The Revolution will be televised!

von **Simon P. Salzmann**

Angesichts des Doppel-Erfolges von „Barbenheimer“, der den großen Studios einen riesigen finanziellen Gewinn bescherte, könnte man fast glauben, die kreative Krise Hollywoods sei überwunden. Wer hätte gedacht, dass Menschen gerne ins Kino gehen, wenn Filme von Autor\*innen, Regisseur\*innen und Schauspieler\*innen geschaffen werden, denen man wenigstens ein bisschen künstlerischen Freiraum gibt?

Doch dieser kurzzeitige Erfolg täuschte nur kurz über die Realität Hollywoods hinweg. Einerseits werden dem Publikum weiterhin Franchise Reboots, Sequels und/oder der nächste Superheldenfilm vorgesetzt. Andererseits kämpft der große Teil der Arbeiter\*innen in der Filmindustrie ums Überleben. Doch dagegen regte sich nun heftiger Widerstand: Ungefähr 11.500 Drehbuchautor\*innen der Writer's Guild Of America (WGA) haben Anfang Mai 2023 die Arbeit niedergelegt. Grund dafür sind die vor allem durch Streamingdienste massiv verschlechterten Arbeitsbedingungen. Studios verwenden deutlich weniger Autor\*innen für deutlich weniger Zeit und Gehalt. Die Löhne sind um 23% gesunken, während die Gehälter der CEOs in die Höhe schießen.

Ungefähr 70 Tage später schloss sich die rund 160.000 Mitglieder starke Schauspielergewerkschaft SAG-AFTRA (auf Druck der Basismitglieder) dem Streik an. Auslöser war hier, dass Backgroundschauspieler\*innen für

einen Drehtag bezahlt werden, und ihre Gesichter (mittels KI) anschließend beliebig oft für andere Projekte verwendet werden können. Damit geht eine der wenigen konstanten Arbeitsmöglichkeiten verloren.

Nach 146 Tagen Streik kam es (pünktlich zu Redaktionsschluss) zu einer ersten Einigung zwischen den Verhandler\*innen. Sozialist\*innen wie unsere US-Schwesterorganisation Socialist Alternative forderten, dass die Basis ohne Einflussnahme von oben über eine etwaige Annahme des Deals entscheiden soll – und dass die weiterstreikenden Schauspieler\*innen nicht alleine gelassen werden dürfen.

### Die Traumfabrik denen, die darin arbeiten!

Hollywood ist, anders als oft von Rechten behauptet, keine Bastion linker Ideen – sondern eine kapitalistische Industrie wie jede andere. Filme reden uns den American Dream, Copaganda und Werbung für den amerikanischen Imperialismus schön. Repräsentation marginalisierter Personen macht Geschichten noch nicht an sich fortschrittlich. In der Realität können sich Künstler\*innen größtenteils ihre Wohnungen nicht leisten. Die Bosse der großen Studios (Disney, Warner Brothers & Co) sind nicht bereit, den vielen Arbeiter\*innen in der Filmbranche ihren verdienten Lohn zu zahlen und wollen die Streikenden aushungern. Es kursieren Aussagen, wonach man den Streik auswarten wollte, bis die Autor\*innen ihre

Wohnungen verlieren. Ebenso überlegt man sich nun, große Teile der Arbeitskraft durch Künstliche Intelligenz zu ersetzen.

Der Streik erfährt sehr viel Solidarität in der Bevölkerung und ebenso von anderen Gewerkschaften. Das Bild des reichen Schauspielers oder Schauspieler\*in als Superstar zerbröckelt. Das Franchise ist der Star. Man sieht eine Proletarisierung – in vielen Berufen – aber vor allem unter Künstler\*innen. Anders als noch vor Jahren werden diese Berufe weniger romantisiert. Die Armut, der Kampf und der Frust gegenüber dem aktuellen System sind dafür zu groß. Es ist eines klar: Es braucht ein neues System.

Sowohl für die arbeitenden Künstler\*innen als auch für Fans des bewegten Bildes sind künstlerische Freiheit und materielle Sicherheit nötig. Allerdings ist dies im Kapitalismus nur in seltenen Einzelfällen möglich. Sogar der Starregisseur George Lucas (Star Wars) meinte einmal: „Ich kenne viele russische Filmmemacher\*innen, und diese haben viel mehr Freiheit als ich“. Das war weniger ein Loblied auf die stalinistische Sowjetunion, als ein vernichtendes Urteil über die „freie“ Marktwirtschaft. Gleichzeitig drückte er damit den Wunsch nach einem System aus, das den Arbeitenden in der Filmindustrie Freiheit und Sicherheit schenkt, das zu tun, was ihnen und ihrem Publikum Freude bereitet. Er weiß es vielleicht nicht, doch auch George Lucas wünscht sich echten – demokratischen – Sozialismus.



# 10 Jahre neue Seidenstraße: Eine imperialistische Sackgasse

von Gerhard Ziegler  
und Katja Straka

**2013** verkündete Xi Jinping die „Belt and Road Initiative“ (BRI), oder „Neue Seidenstraße“, als ehrgeiziges Infrastruktur-Entwicklungsprogramm, das sich auf über 140 Länder erstreckt. Die Finanzierung erfolgt über den „Seidenstraßen-Fonds“, die von China gegründete Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) und die New Development Bank der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Bis 2019 wurden dafür weltweit Kredite von mehr als 200 Milliarden Dollar vergeben.

## Klassische imperialistische Macht- und Wirtschaftspolitik

Manche Linke sehen in Chinas Engagement eine Form von Entwicklungshilfe zugunsten ärmerer Länder. Dem ist aber nicht so. Mit den Investitionen steigt der Einfluss Chinas in den ärmeren Staaten Asiens, Afrikas und Osteuropas, wohin die Kredite hauptsächlich gehen. China kann so seine Unternehmen und Produkte auf dem Weltmarkt etablieren und als Geldgeber seine Kredite mit hohen Zinsen – oft höher als die des IWF (Internationaler Währungsfonds) oder der Asiatischen Entwicklungsbank – diktieren.

China stellt zwar keine ausdrücklichen politischen Forderungen, knüpft jedoch Kreditzusagen an die Bedingung, dass chinesische Firmen bei den Projekten bevorzugt werden. Eine Studie aus 2019 zeigt, dass 9 von 10 BRI-bezogene Aufträge an chinesische Firmen gingen. Wirtschaftspolitisch geht es China also nicht um die Entwicklung der ärmeren Länder der Welt, sondern um Schaffung neuer Exportmärkte zur Verringerung von Überkapazitäten (va. in der Textil-, Stahl-, Zement- und Aluminiumindustrie), Ausbau seiner Rolle in internationalen Märkten und um Sicherung des Rohstoff-Zugangs. Bei den Projekten spielen Umwelt- und Sozialstandards

kaum eine Rolle. Tatsächlich agiert China somit nicht anders als die übrigen imperialistischen Staaten.

Doch auf der neuen Seidenstraße entstehen ständig neue Schlaglöcher: Der neue Kalte Krieg zwischen den USA und China – politisch, wirtschaftlich und militärisch – hat die imperialistischen Pläne Chinas geschwächt. Bereits 2018 stoppte Malaysia als wichtiges Bindeglied der BRI nach Westen eine milliarden-schwere Bahnstrecke und andere von China finanzierte Projekte aus Angst, in eine Schuldenfalle zu geraten. Kürzlich hat das hoch verschuldete Sambia mit seinem größten bilateralen Gläubiger um einen Umstrukturierungsplangerungen. Als Sri Lanka im Zuge einer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise seinen Schuldenberg nicht mehr bedienen konnte, gewährte ihm China Anfang Februar ein 2-jähriges Schuldenmoratorium. Es ist kennzeichnend für imperialistische Politik, Länder verschuldet zu halten, um sie erpressen zu können. Doch das kann auch nach hinten losgehen: 2020 hat China die Schuldenrückzahlung für 77 Länder aufgeschoben – dieses Geld fehlt nun, während das Risiko für chinesische Kreditgeber immer größer wird.

## Für sozialistischen Antiimperialismus

Schon vor COVID war die Kreditvergabe deshalb rückläufig. Doch die Pandemie und die Schwächung der chinesischen Wirtschaft beschleunigten den Trend, der Ausstieg Italiens ist der jüngste große Rückschlag. Für viele Länder wurden chinesische Kredite bald unfinanzierbar, als die Preise auf dem Weltmarkt nach Russlands Einmarsch in der Ukraine stark anstiegen.

Das führt auch zunehmend zu Widerstand: In Pakistan (Chinas Anteil an den Auslandsschulden beträgt fast 1/3) kam es Anfang des Jahres in Zusammenhang mit einem Hafenprojekt in Gwadar zu entschlossenen Protesten. Solcher Widerstand kann ein Vorbild für größere Bewegungen von

Arbeiter\*innen und Bäuer\*innen in den betroffenen Ländern sein, die nicht nur gegen einzelne imperialistische Projekte, sondern für die Einstellung aller Schuldenzahlungen kämpfen. Nur so kann erreicht werden, dass der Reichtum im Land verbleibt und demokratisch verwaltet wird. Diese Maßnahmen können aber nur gelingen, wenn statt auf imperialistische falsche Freunde auf den Export solcher sozialistisch-anti-imperialistischer Bewegungen und den Aufbau internationaler Beziehungen auf demokratischer und sozialistischer Basis gesetzt wird. Nicht zuletzt hat die chinesische Arbeiter\*innenklasse, die selbst unter dem Regime und seiner Großmachtspolitik leidet, eine wichtige Rolle in diesem Kampf zu spielen – dem Kampf für eine neue internationale Gesellschaft, in der die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Massen und nicht nach den Bedürfnissen der Profite der kleinen einheimischen Oligarchenschicht und der ausländischen Kapitalgeber.

## Info:

Die verschiedenen Routen den Neuen Seidenstraße führen auf dem **Landweg** nach:

- Laos – Thailand – Malaysia – Singapur – Indonesien
- Myanmar – Bangladesch – Indien
- Pakistan
- Mongolei und Russland
- Kirgisistan – Usbekistan – Turkmenistan – Iran – Türkei
- Kasachstan – Russland – Ukraine/Belarus – Europa (Polen, Slowakei, Deutschland)

und am **Seeweg** nach:

- Vietnam – Singapur – Myanmar
- Philippinen
- Singapur – Malaysia
- Indonesien – Malaysia – Singapur – Thailand
- Kambodscha – Thailand
- Malaysia – Pakistan – Indien – Sri Lanka
- Vereinigte Arabische Emirate – Irak
- Dschibuti – Saudi-Arabien – Sudan
- Griechenland – Italien – Frankreich – Spanien



## Wer kann Putin stürzen?

von Sebastian Kugler

*“Wotan, der wütende Räuber, – vom eig’nen Geschlechte ward er geschlagen: an den Wälsung verlor er Macht und Gewalt”* – So heißt es gegen Ende von Richard Wagners “Götterdämmerung”, dem Finale seines Opernzyklus “Der Ring des Nibelungen”. Die rechts-extreme Söldnertruppe Wagner rund um Prigoschin hatte sich bewusst nach Hitlers Lieblingskomponisten benannt. Welch Ironie: Jahrelang war die Wagner-Gruppe als verlängerter militärischer Arm des russischen Imperialismus – als “wütende Räuber” u.a. in der Zentralafrikanischen Republik, in Mali oder in Syrien – eine wichtige Stütze des Regimes. Putin und Prigoschin entwachsen beide dem russischen Mafiakapitalismus nach dem Kollaps der Sowjetunion. Nach seinem Putschversuch wurde Prigoschin nun “vom eig’nen Geschlechte” geschlagen.

Doch der “Wälsung” Putin hat genug Schwierigkeiten, “Macht und Gewalt” wieder an sich zu binden. Der Putschversuch entzündete sich an der Krise der Kriegsführung: Der Krieg bringt zwar auch stabilisierende Dynamiken für das Regime – die Wirtschaft wird 2023 trotz der Sanktionen aufgrund der Produktion für den Krieg wachsen, die erzwungene Arbeitslosigkeit ist aus denselben Gründen historisch niedrig. Doch eineinhalb Jahre nach der Invasion ist klar, dass Putin seine Kriegsziele nicht erfüllen wird und stattdessen in einem langwierigen, enorm aufwändigen Stellungskrieg feststeckt – je mehr er sich darin aufreibt, desto mehr

bröckelt die wirtschaftliche und politische Fassade der Stabilität.

### Hoffnung kommt von unten

Auch wenn Triumphmeldungen westlicher Medien über das unmittelbar bevorstehende Ende Putins immer wieder kleinlaut verstummen: Putin ist angezählt. Doch die Frage, wer Putin letztendlich stürzt, entscheidet auch über die Zukunft Russlands, der Ukraine und darüber hinaus. Hinter Putins Rücken wetzen bisher loyale Profiteur\*innen aus Wirtschaft, Politik und Militär bereits die Messer – von ihnen droht jedoch nur eine mehr oder weniger offene neue Diktatur oder ein zerstörerischer Bürger\*innenkrieg, in dem rivalisierende Warlords ihre mafiakapitalistischen Interessen mittels ethnischer und religiöser Blutbäder durchsetzen.

Die vom westlichen Imperialismus hofierte Opposition ist dazu keine Alternative. Alexei Nawalny ist selbst bekennender Nationalist, unterstützte die Annexion der Krim und tritt nur aus Opportunismus und Mangel an Macht liberal auf. Der Liberalismus der westlich gesinnten Opposition ist letztlich nur brutaler Neoliberalismus, der die katastrophale soziale Lage in Russland (20 Millionen leben unter dem Existenzminimum von 180€/Monat) durch Privatisierungen nur verschlimmern würde. Es droht eine Situation wie in den 1990ern, als im Privatisierungswahn die Lebenserwartung um 7 Jahre zurückging – und die Grundlagen für Putins Regime geschaffen wurden.

Einen tatsächlichen Ausweg können nur die russischen Arbeiter\*innen und Armen aufzeigen – jene, die vom Regime entrechtet, verelendet und für seinen imperialistischen Krieg verheizt werden. Im Gegensatz sowohl zur westlichen als auch zu Putins Propaganda stehen sie keineswegs hinter dem Regime – die Invasion brachte keinen nationalen Schulterchluss, sondern zunächst eine mutige Anti-Kriegsbewegung hervor, welche Putin brutal niederschlagen musste. Der Wiederaufbau einer solchen Bewegung, schreibt ein Aktivist der ISA im russischen Untergrund, *“kombiniert mit einem organisierten Klassenkampf gegen Sozialkürzungen und Jobabbau, sowie für Lohnerhöhungen, inklusive des Kampfes für die Freilassung aller politischen Gefangenen, wird den Boden für den Aufbau einer linken politischen Alternative der Arbeiter\*innenklasse gegen das Regime bereiten.”* Ansätze dafür gibt es: Nicht nur gibt es täglich Widerstand gegen den Krieg in verschiedenen Formen, dieses Jahr streikten auch bereits Beschäftigte des Online-Handelsriesen Wildberries sowie in der Autoindustrie.

Mittlerweile warnt Putin bei jeder Gelegenheit vor einer neuen Russischen Revolution – zurecht. Schließlich hatte diese 1917 ebenfalls ein kriegstreiberisches Regime gestürzt und den Ausbeuter\*innen Macht und Reichtum entrissen. Auch auf Putin passen somit Wagners Worte: *“mit der Götter ganzer Sippe in Angst ersieht er sein Ende. Nicht ihn fürcht ich mehr: fallen muß er mit Allen!”*



## USA: Streik der Autoindustrie

von Maurice Skukaleg

Zehntausende Arbeiter\*innen der United Automotive Workers (UAW), der größten Gewerkschaft der Autoindustrie in den USA, traten Ende September in Streik gegen die „Big Three“ – Chrysler, Ford und GM. Sie verlangen 40% Gehaltserhöhung über die nächsten vier Jahre, gleiche Pensions- und Sozialleistungen für alle, Anpassung der Gehälter an die Lebenshaltungskosten, sowie eine 32-Stunden Woche bei vollem Lohn.

Die letzten Jahre brachten seit 2003 einen Reallohnverlust von ca. 30%. Der neue Gewerkschaftsvorsitzende Shawn Fain wurde gewählt, diesen Trend umzukehren, nachdem seine Vorgänger das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder durch Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern verspielt hatten. Er brachte auch die Forderungen des Streiks ins Spiel.

Während ursprünglich der 14. September als Deadline für die Erfüllung der Forderungen angesetzt war, hat Shawn Fain seinen Kurs mittlerweile geändert. Der gemeinsame Streik in



allen Fabriken der „Big Three“ wurde abgeblasen, und auch einige der Forderungen wurden geändert bzw. abgeschwächt. Die neue Streikmethode sind sogenannte „Stand-up“ Streiks, bei denen nur einzelne Fabriken streiken und nicht alle auf einmal. Doch dadurch entgehen den Firmen keine Millionengewinne. Diese „neue“ Streikmethode zeigt die Angst der Gewerkschaftsführung, den Unternehmen richtig wehzutun. Wenn alle UAW-Mitglieder gleichzeitig streiken würden, würde der Streik um die 180.000 Beschäftigte umfassen.

Socialist Alternative, unsere Schwesterorganisation in den USA,

ist mit der Kampagne „Workers strike back“ aktiv im Streik und fordert, ihn auf alle Fabriken auszuweiten. Nur so kann genug Druck aufgebaut werden, um die Forderungen durchzubringen. Ein erfolgreicher Abschluss gäbe kommenden Arbeitskämpfen enormen Aufwind. Deshalb ist der Streik auch das Hauptthema der ersten Episode von „On Strike“, dem neuen Podcast von Socialist Alternative mit der sozialistischen Stadträtin Kshama Sawant.

[socialistalternative.org](http://socialistalternative.org)  
[workerstrikeback.org/broadcast](http://workerstrikeback.org/broadcast)

## Irland: Kein Platz für Transphobie

von Jan Millonig

Nachdem die rechtsextreme und transfeindliche Hetzerin Posie Parker bereits in Britannien, Australien und Neuseeland ihre „Let Women Speak“-Veranstaltungen abhielt, versuchte sie das Mitte September auch in Dublin (Irland). Dort versammelten sich unter dem Vorwand des Kampfes für Frauenrechte Rechtsextreme und Neonazi-Gruppen, um ihre transfeindliche Propaganda zu verbreiten. Das Bündnis „Trans & Intersex Pride Dublin“ organisierte mit Unterstützung unserer irischen Schwesterorganisation Socialist Party und der irische Sektion von ROSA den Gegenprotest.

Dieser war dann größer als ihre Hass-Kundgebung. Mit Sprechchören wie „Women’s Rights, Trans Rights – Same Struggle, Same Fight!“ und „Posie Parker You Can’t Hide, You Have Nazis on Your Side!“, machten mehrere Hundert Aktivist\*innen klar, dass Posie Parker und ihre faschistischen Fans nicht willkommen sind. Die Socialist Party appellierte nach der Aktion auf Social Media:

„Es ist wichtig, dass wir jetzt die Energie vom Samstag nutzen, um eine Bewegung aufzubauen, die das kapitalistische System bekämpft, das die extreme Rechte, Transphobie und Frauenfeindlichkeit hervorbringt.“

[socialistparty.ie](http://socialistparty.ie)





## Frankreich 1968:

# Den „goldenen Käfig“ aufsprengen

von Jan Millonig

Die Welt 1968: in vielen Ländern Afrikas kämpften die Massen gegen koloniale Unterdrückung, in den USA demonstrierten Millionen gegen den Vietnam-Krieg, in Prag fand der Aufstand gegen das stalinistische Regime und für einen Sozialismus mit demokratischem und menschlichen Antlitz statt, die zweite Welle der Frauenbewegung rollt an.

Frankreich 68: Diese allgemeine Aufbruchstimmung, vor allem unter jungen Menschen, trifft auf einen besonders verknöcherten Staatsapparat und die autoritäre Regierung von Charles de Gaulle. Der Nachkriegsaufschwung ermöglichte ein starkes Wirtschaftswachstum, eine gewisse Erhöhung des Lebensstandards und eine wachsende Student\*innenschaft. Doch dem standen lange Arbeitszeiten, massive Benachteiligung von migrantischen Arbeiter\*innen und Universitäten, die nur der Disziplinierung neuer Arbeitskräfte dienten, entgegen. Diese Widersprüche wurden mit immer mehr Repression beantwortet: bewaffnete Aufseher in Fabriken, strenge Regeln an Unis usw.

### In zwei Wochen zum revolutionären Aufstand

Es war eine Frage der Zeit, bis es explodierte: Am 3. Mai protestierten Studierende in Nanterre, einem Vorort von Paris, gegen Disziplinarmaßnahmen gegen den Student\*innenführer Daniel Cohn-Bendit. Daraus entwickelte sich eine tagelange Straßenschlacht mit der Bereitschaftspolizei, die auf

Demonstrant\*innen einprügelte und Hunderte verletzte. Die Solidarität in der Bevölkerung war enorm und verbreitete sich schnell landesweit.

Die Gewerkschaften organisierten daraufhin am 13. Mai eine Demonstration mit einer Million Menschen in Paris unter dem Slogan: „Arbeitende, Studierende – gemeinsam!“ und riefen, wenn auch nur halbherzig, zum Generalstreik auf. Doch das traf eine Stimmung in der Arbeiter\*innenschaft. Am nächsten Tag entschieden die Beschäftigten eines Flugzeugwerks in Bouguenais, im Streik zu bleiben und besetzten die Fabrik. Es entstand eine spontane Streikwelle, die sich im ganzen Land auf fast alle Branchen und Lebensbereiche ausweitete und am Höhepunkt zehn Millionen Beschäftigte umfasste – mit Besetzungen von Fabriken und öffentlichen Einrichtungen. Überall entstanden Streik- und Aktionskomitees, die mancherorts bereits die Verwaltung übernahmen. Die Forderung nach einer „Volksregierung“ wurde immer stärker. Der Repressionsapparat war überfordert und die Herrschenden wurden zunehmend in die Ecke gedrängt. Doch die Regierung weigerte sich, zurückzutreten und mobilisierte stattdessen Teile des Militärs.

### Die Macht lag auf der Straße

Die Kommunistische Partei und die ihr nahestehende Gewerkschaft CGT erwischte diese Entschlossenheit kalt. Auch wenn sie eine zentrale Rolle in der Bewegung spielten, versuchten sie mit Händen und Füßen, alle Bestrebungen zu verhindern, die über unmittelbare Verbesserungen bei Löhnen und

Arbeitsbedingungen hinausgingen. Sie mahnten sogar, „zur Ordnung zurück zu kommen“, während der alte Staatsapparat bereits in der Luft hing und eine sozialistische Gesellschaftsveränderung zum Greifen nahe schien. Ein Renault-Arbeiter schilderte Jahre später: „Es war eine Revolution, ja, eine Revolution, und wir dachten, die KP würde sie anführen. Aber sie wollte gar keine Revolution. Als sie nur Neuwahlen forderte, wussten wir nicht, was wir tun sollten, es herrschte große Unsicherheit.“ So musste Charles de Gaulle in Folge der Bewegung zwar zurücktreten, doch gingen seine und die konservative Partei bei den Neuwahlen gestärkt hervor, während Kommunist\*innen und Sozialist\*innen verloren.

### Und sie bewegt sich doch!

Manche Linke glaubten damals nicht an die Möglichkeit einer Revolution „im Westen“, da sie meinten, der Arbeiter\*innenklasse in Europa (und den USA) ginge es noch „zu gut“ – ein Argument, das man auch heute oft hört. Doch 68 zeigte, dass es weniger der absolute Lebensstandard war, der die Menschen auf die Straße trieb, sondern der relative Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Unfähigkeit des Kapitalismus, diese zum Wohle aller zu nützen. Also die Erkenntnis, dass es uns eben nicht unbedingt besser geht, wenn es „der Wirtschaft gut geht“. Und so warf die auch so träge Industriearbeiter\*innenklasse, inspiriert durch die Jugend, um ein Haar die gesamte bürgerliche Ordnung um.



- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher\*innen und Migrant\*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant\*innen, Gewerkschafter\*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter\*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter\*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter\*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter\*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter\*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

**Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€** (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

**All-Inclusive-Abo: 7€/Monat** (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

**Abo-Zahlungen & Spenden:** IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS  
ABONNIEREN!**

# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 316 | 10/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA**  **SLP**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



## INTERNATIONAL GEGEN KRIEG, UNTERDRÜCKUNG UND KAPITALISMUS!

### AUS DEM INHALT

» Das **Recht auf Schwangerschaftsabbruch** steht in mehreren Bundesländern unter Beschuss und muss offensiv verteidigt werden.

Seite 13

» Auch nach dem Putschversuch in Russland ist **Putins Regime** keineswegs so stabil wie es scheint. Wie kann es gestürzt werden?

Seiten 16

» Eine **Putsch-Serie** erschüttert die afrikanischen Staaten in der Sahelzone. Welcher Weg führt aus der Spirale von Neokolonialismus und Gewalt?

Schwerpunkt